

## Beschluss des Hauptausschusses am 23. November 2024

### **Unterstützung des Bündnisses „AfD-Verbot jetzt!“**

Der Hauptausschuss des Landesjugendringes Brandenburg e.V. beschließt sich für das Bündnis „AfD-Verbot jetzt!“ einzusetzen. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. hat folgende Möglichkeiten, um dieses Bündnis zu unterstützen:


- Beitritt zum Bündnis,
- Aufklärung der LJR-Mitgliedsorganisationen zu diesem Verbotsverfahren,
- Verbreitung von Info-Material,
- Sichtbarkeit des Themas auf Social Media schaffen,
- Organisation bzw. Unterstützung von Veranstaltungen zum Verbotsverfahren,
- Aufforderung von Bundestagsabgeordneten über ein Mailingtool des Bündnisses, für ein AfD-Verbot abzustimmen.

#### **Begründung:**

Die AfD ist eine Bedrohung für das Leben aller Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Sie verbreitet völkisch-rassistisches Gedankengut, verhöhnt die Demokratie und greift den Rechtsstaat an. Auch der Landesjugendring Brandenburg wäre von einem Erstarren der AfD und einer möglichen Regierungsbeteiligung betroffen.

In der Pressekonferenz vom 3. September 2024 der AfD-Landtagsfraktion drohte diese „politischen Gegnern“ und sprach davon, den Landesjugendring „zerschlagen“ zu wollen. Damit greift die Partei zu ihrem bekannten Mittel, Verteidiger der Demokratie, alle Institutionen und Einrichtungen, die sich für ein vielfältiges Brandenburg einsetzen und Gesicht zeigen gegen Hass und rechtsextreme Hetze, zu diffamieren und durch Drohungen mundtot zu machen. Sollte sie Regierungsverantwortung erlangen, dann könnte die AfD ihre Angriffe auf Menschenwürde und Demokratie institutionell verankern. Ist dieser Punkt erst einmal erreicht, wird es deutlich schwieriger sein, dies rückgängig zu machen.

Eine institutionelle Verankerung von AfD-Interessen könnte dazu führen, dass dem Landesjugendring und seinen Mitgliedsorganisationen finanzielle Mittel zur Umsetzung



jugendverbandlicher Vorhaben verloren gehen und die Infrastruktur von Kinder- und Jugendarbeit geschmälert wird. Das sollte möglichst zeitnah verhindert werden.

Das Bündnis „AfD-Verbot jetzt!“ besteht aus Engagierten aus der Zivilgesellschaft, Jurist\*innen, Sozialarbeiter\*innen, gewerkschaftlich Aktiven und Klimabewegten. Das Ziel des Bündnisses ist es Druck auf Bundestagsabgeordnete zu machen, damit diese in einer zweiten Lesung im Frühjahr 2025 für ein Verbot der AfD stimmen. Das Anliegen wurde im Bundestag eingebracht, wann die erste Lesung des Bundestages zu diesem Verfahren ist, ist aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen ungewiss. Das Bündnis „AfD-Verbot jetzt!“ ist sich bewusst, dass ein Parteiverbot allein nicht zu einem Verschwinden der Positionen der AfD in der Gesellschaft führt. Dies ist und bleibt im Wesentlichen die Aufgabe politischer Auseinandersetzung und zivilgesellschaftlicher Arbeit, also auch Aufgabe des Landesjugendrings Brandenburg. Jedoch kann ein Verbot die organisatorische Struktur der Partei zerschlagen und ihr die finanzielle Unterstützung entziehen, die sich fast zur Hälfte aus staatlichen Mitteln zusammensetzt. Zudem kann es der AfD die Legitimität nehmen, die sie für sich in Anspruch nimmt, solange sie demokratisch gewählt werden kann. Letztlich kann ein Verbot verhindern, dass zentrale Verfassungsgrundsätze außer Kraft gesetzt werden und die Relativierung von Grundrechten und Verfassungsprinzipien weiter voranschreitet.

Auf Bundesebene hat der Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings bereits am 4. Juni 2024 die Position "AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!" beschlossen. Das Vorhaben benötigt jedoch vor allem auf Landes- und Kommunalebene eine breite Unterstützung, weshalb der Landesjugendring Brandenburg seine Unterstützung anbietet.